



Weil ein Bauer diese Obstbäume in Brandenburg gepflanzt hat, darf anderswo eine Brücke gebaut werden.

FOTO: ANNE SCHÖPS

In der Betonwüste

Wer Straßen oder Häuser baut, muss für ökologischen Ausgleich sorgen, zum Beispiel durch eine Streuobstwiese. Doch bald sind keine unbebauten Flächen mehr übrig, um den Schaden für die Natur wiedergutzumachen

VON BENJAMIN VON BRACKEL

Gert Dittrich stapft durch seinen Hain im Havelland. Die Obstbäume bilden eine Formation wie eine Brigade, jedes der 86 Gewächse ist durch einen Bretterverschlag geschützt. Der 52-jährige Obstbauer, der vor vier Jahren aus Berlin ins brandenburgische Land gezogen ist, lässt seinen Blick über „Kaiser Wilhelm“, „Geheimrat Dr. Olden-

burg“ und „Graf Althans Reneklode“ wandern. So heißen drei der 17 Obstsorten, aus denen Dittrich in ein paar Jahren unter anderem Apfel- und Pflaumensaft pressen und in einem Hofladen verkaufen will. Bald sollen 200 weitere Bäumchen ihre Wurzeln in einen früheren Maisacker austrecken; den Vertrag hat er am 25. September unterschrieben.

Nur weil Dittrich die Bäume auf seinem Grund pflanzen lässt, dürfen Bauherren an-

derswo in Brandenburg bepflastern, asphaltieren, betonieren. Dittrichs Streuobstwiesen sind Ausgleichsflächen: Für die eineinhalb Hektar Obstwiese baut der Landesbetrieb Straßenwesen eine Brücke über den Rinkkanal im zehn Kilometer entfernten Friesack. Für die neuen Obstbäume will eine Solarfirma Anlagen in Rathenow aufstellen.

Jeden Tag versiegeln Siedlungen, Gewerbegebiete und Straßen in Deutschland im Durchschnitt 73 Hektar, die Fläche von 104 Fußballfeldern. Zu dem Ergebnis kommt der Nachhaltigkeitsindikator der staatlichen KfW-Bank für das Jahr 2013. Im Vergleich zum Vorjahr ist das nur ein Rückgang von einem Hektar pro Tag. Der Flächenfraß hat Folgen: Er bedroht die Vielfalt von Pflanzen und Tieren, er treibt den Klimawandel voran, da Böden Kohlendioxid binden, und er behindert die Kühlung von Städten, weil durch die versiegelten Flächen kaum Wasser verdunstet. Auch das Regenwasser versickert nicht mehr ins Grundwasser, sondern läuft ab in die Kanalisation.

Wer aber Natur zerstört, muss nach dem Naturschutzgesetz den Schaden kompensieren. Also Flächen anderswo entsiegeln oder – was zum Normalfall geworden ist – aufwerten: auf Brachland einen Magerrasen anlegen oder einen Acker in eine Streuobstwiese verwandeln, so wie es Obstbauer Dittrich getan hat.

Allein das Ökoflächenkataster Bayerns listet über 40 000 Ausgleichs- und Ersatzflächen auf, insgesamt mehr als 20 000 Hektar. „Das System ist eigentlich sehr klug“, sagt Magnus Wessel vom Bund für Umwelt und Naturschutz. Allerdings hapert es an der Umsetzung. Viele Naturschutzbehörden sind überfordert, weil ih-

Wenn die Bauern merken, dass niemand mehr kontrolliert, beackern sie die Schutzflächen

nen das Personal fehlt. Bis 2016 will etwa der Berliner Senat ein Viertel der Stellen in der Verwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt streichen. Die Folge: Die Naturschutzbehörden müssen oft die besten Flächen nehmen, die sie kriegen können, um darauf möglichst einfache Maßnahmen umzusetzen. Umweltextperten kritisieren die Stadt Berlin seit Jahren dafür, dass sie mit dem Geld für Ausgleichsflächen vor allem Parks anlegt, die zwar der Erholung dienen, nicht aber dem Naturschutz.

Andreas Faensen-Thiebes steht an einem sonnigen Herbsttag vor einer Wiese im Gleisdreieck-Park, der angelegt worden war, um die Bebauung des Potsdamer und Leipziger Platzes zu kompensieren. Der 64-Jährige hat selbst mehrere Jahre in der Umweltverwaltung des Senats gearbeitet, inzwischen gehört er zum Vorstand des Bundes für Umwelt und Naturschutz in Berlin. „Ich finde es dreist, das als Grünfläche zu bezeichnen“, sagt er und deutet auf das Gras. Für 24 Millionen Euro wurde die frühere Bahnbrache, wo Ödlandschrecken zirkten und der Natierknopf wuchs, in den Westpark des Gleisdreiecks umgewandelt. „Da hatte die Brachfläche viel mehr Wert“, sagt Faensen-Thiebes.

Weil den Naturschutzbehörden Zeit und Geld fehlen, leidet auch die Kontrolle. „Die Praxis ist, dass nach drei Jahren Schluss ist mit der Pflege“, sagt Anne Schöps, Chefin des Bundesverbands der Flächenagenturen. „Dann wird es Wildnis.“ Zu sehen ist das etwa an der Bahnstrecke von Berlin nach Hannover, wo die Flächen entlang der Schienen verwuchern.

Der Biologe Thomas Sperle hat 2010 im Auftrag der Grünen 20 Bebauungspläne in

vier Regionen Baden-Württembergs untersucht. Er stellte fest, dass für mehr als zwei Drittel die Ausgleichsmaßnahmen fehlten oder nur mangelhaft kontrolliert worden waren. Wenn die Bauern merken, dass nach drei Jahren niemand mehr kontrolliert, dehnen viele ihre Äcker wieder auf die Schutzfläche aus.

Dazu kommt, dass jedes Bundesland nach eigenen Kriterien bewertet, wie eine Fläche auszugleichen ist. Bayern vergibt Punkte, unter anderem danach, wie selten die neu geschaffenen Lebensräume sind. Brandenburg gibt sich mit einer Begründung zufrieden. Und Nordrhein-Westfalen hat noch nicht einmal einheitliche Vorgaben – die Kommunen entscheiden nach eigenem Gusto.

All das schmälert die Rechtssicherheit für Investoren und ärgert Netzbetreiber, die Stromtrassen durch mehrere Bundesländer verlegen und für jeden Landkreis einen anderen Ausgleich finden müssen. Die Bundesregierung will mit einer Kompensationsverordnung die Verwaltungspraxis vereinheitlichen und Standards für den Naturschutz in ganz Deutschland setzen. Allerdings blockieren die Länder seit Jahren, weil sie ihre eigenen Regeln nicht aufgeben wollen. Zuletzt lehnte die Mehrheit der Umweltminister im Mai 2015 einen Kompromissvorschlag des Bundes ab. Viel mehr als ein Leitfadentext wird nicht übrig bleiben. Selbst das Umweltministerium erkennt an, dass es Fehler im System gibt. Matthias Herbert, Abteilungsleiter Landschaftsplanung und -gestaltung des Bundesamtes für Naturschutz, spricht von einem „Umsetzungsdefizit“. Besserung erhofft er sich aber von Leuten wie Anne Schöps.

Schöps hat mit Gert Dittrich den Vertrag über die Streuobstwiese im Havelland aufgesetzt. Sie ist Chefin der Flächenagentur in Brandenburg, einem sogenannten Naturschutz-Dienstleister. Seit die Bundesländer nicht erst nach Ausgleichsflächen suchen, wenn sie diese brauchen, sondern sie vorher schon in „Ökokonten“ oder „Flächenpools“ anlegen, entstehen solche Agenturen überall in Deutschland. Benötigt ein Bauherr eine Ausgleichsfläche, kann er der Agentur einfach einen bestimmten Geldbetrag überweisen, den diese dann für den Naturschutz einsetzt. 25 Flächenagenturen gibt es, die im Bundesverband organisiert sind. Mit ihnen kooperieren Biologen, Geologen, Planungsbüros, Umweltverbände, Garten- und Landschaftsbaubetriebe. Wenn Schöps nach neuen Flächen sucht, überlegt sie, wo mit Eingriffen zu rechnen ist. Dann trifft sie Pächter und Eigner in der betroffenen Region und fragt, ob sie sich vorstellen können, eine Hecke zu pflanzen, einen Teich anzulegen oder einen Acker in Weideland umzuwandeln. Und diese Fläche zu verkaufen

oder gegen Entschädigung ins Grundbuch als „naturschutzrechtlich-genutzte Fläche“ eintragen zu lassen. 1400 Hektar an Ausgleichsflächen bietet sie derzeit an.

Ein Vorteil dieses Systems ist, dass es auch aufwendige und daher sehr teure Renaturierungen möglich macht. Beispiel Kleine Elster in Brandenburg: Das Fließchen war einst begradigt worden, um Wasser aus einem Tagebau in die Spree zu lenken. Heute schlängelt es sich wieder durch acht Mäander-Schleifen. Die größte bezahlte das Gashandelsunternehmen Wingas, das eine Leitung durch Norddeutschland baut; eine kleinere bezahlte ein Windkraftbetreiber. In Oberschwaben wurde über das Ökokonto ein ganzes Moor wiederbelebt. „Solche Projekte würden sonst nie zustande kommen“, sagt Schöps.

Es ist lohnender, Mais für Biogasanlagen anzubauen, als sich für die Natur einzusetzen

„Das hat sich dort, wo es qualitativ hochwertig ist, sehr bewährt“, sagt Magnus Wessel. Die Gefahr sei allerdings, dass immer weiter und mehr gebaut werde. Und dass keiner mehr darüber nachdenke, wie Eingriffe vermeidbar seien und wo man Leerstand nutzen oder Häuser und Straßen abreißen könne, statt Grünflächen zu bebauen. Wenn allerdings gebaut werde, so Wessel, dann seien Ökokonten wie in Bayern oder Flächenpools wie in Brandenburg eine gute Lösung.

Allerdings stoßen Schöps und ihre Kollegen immer öfter an eine Grenze: Es gibt schlicht keine Flächen mehr, die als Ausgleich dienen könnten. „Manche Gebiete in Brandenburg können wir nicht mehr bedienen“, sagt sie. Für die Bauern ist es lohnender, mit Staatsförderung Mais anzubauen, um Biogasanlagen zu befeuern. „Den Preis, den sie dafür bekommen, können wir für den Naturschutz nicht bieten“, sagt Schöps. „Das ist illusorisch.“ Für die Aufwertung von einem Quadratmeter Acker in Grünland berechnet sie den Bauherren 3,50 Euro, für mehrreihige Hecken 15 Euro.

Obstbauer Dittrich ist von sich aus auf Schöps zugekommen. Er hat sich an der „Maiswüste“ um ihn herum gestört und wollte mit seinen Streuobstwiesen ein Zeichen gegen Pestizid-Einsatz und Monokultur setzen. Dittrich versucht auch, andere Bauern für den Naturschutz zu gewinnen. Schon hat sich sein Nachbar, ein alleingesessener Landwirt, angeschlossen, und zwei Hektar an Schöps verkauft. Seine eigenen Flächen, auf denen bald Pferde und Schafe grasen sollen, um den Bewuchs kurz zu halten, nennt Dittrich nicht „Ausgleichs- und Ersatzflächen“, sondern „kleine Inseln der Hoffnung“.



Jeden Tag werden in Deutschland 73 Hektar Fläche zugebaut. Das entspricht 104 Fußballfeldern.

FOTO: O&S